

Pressespiegel vom 06.12.2011

Sächsische Zeitung

Die meisten Neonazis marschieren in Dresden

Von Thilo Alexe

In keiner anderen deutschen Stadt demonstrieren regelmäßig so viele Rechtsextremisten. Aber auch der Kreis Görlitz zieht die Braunen besonders an.

Dresden. Sachsens Landeshauptstadt hat sich zum Aufmarschgebiet für Neonazis entwickelt. Seit 2007 demonstrieren mehr als 20.000 Rechtsextremisten in Dresden – so viele wie in keiner anderen deutschen Stadt. Zu sogenannten Trauermärschen rund um den Jahrestag der Zerstörung im Februar 1945 strömen regelmäßig Neonazis aus ganz Europa in die Elbestadt – allein im vergangenen Jahr 6.400.

Die Zahlen gehen aus Dokumenten des Bundestags, des Verfassungsschutzes und Recherchen der Nachrichtenagentur dpa hervor. Mit jeweils mehr als 7.000 Teilnehmern belegen Gera und Dortmund die Plätze zwei und drei in der Liste. In Gera veranstalten die Braunen jährlich ein „Rock für Deutschland“-Konzert. In Dortmund mobilisieren Rechtsextremisten seit sieben Jahren zu einem „nationalen Antikriegstag“ im September. Weiterer Schwerpunkt ist der Kreis Görlitz. Rund 4.400 Neonazis kamen seit 2007 in der Region zusammen. Das ist der fünfthöchste Wert in Deutschland.

In keinem anderen Bundesland kamen so viele Rechtsextremisten bei Kundgebungen und Aktionen zusammen wie im Freistaat. Zwischen 2007 und September 2011 versammelten sich knapp 33.000 braune Extremisten in Sachsen. Im bevölkerungsreichen Nordrhein-Westfalen wurden im entsprechenden Zeitraum knapp 17.000 Neonazis registriert. Auf Rang drei liegt nahezu gleichauf Thüringen. In der Bundeshauptstadt Berlin marschierten rund 5.500 Rechtsextremisten auf.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2930469>

Warum Neonazis nach Sachsen strömen

Von Thilo Alexe

Im Freistaat marschieren doppelt so viele Rechtsextremisten auf wie im größeren Nordrhein-Westfalen. Das liegt nicht nur am 13. Februar in Dresden.

Neonazis haben Sachsen zu ihrem Aufmarschgebiet erkoren. Seit 2007 zählten Sicherheitsbehörden bei 60 braunen Demonstrationen und Aktionen knapp 33.000 Teilnehmer – so viele wie in keinem anderen Bundesland. Die SZ analysiert die Zahlen.

Wieso ist Dresden eine Hochburg für braune Märsche?

Der sogenannte Trauermarsch anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 hat sich nach Einschätzung von Verfassungsschützern „zur größten bundesweiten Aktion von Rechtsextremisten etabliert“. In den vergangenen zwei Jahren kamen mindestens je 6.400 Neonazis in

die Landeshauptstadt. Die Demonstration bietet für die Szene „eine hohe identitätsstiftende Wirkung“, heißt es im Verfassungsschutzbericht. Etwa deshalb, weil Rechtsextremisten „aus allen Gruppierungen“ in Dresden auflaufen. Sprich: Freie Kameraden wie NPD-Kader, die sonst oft uneins sind.

Stoßen die Rechtsextremisten auf Gegenwehr?

Ja. Doch trotz Menschenkette, Gottesdiensten und stillen Gedenkens: Demokraten streiten sich jährlich übers rechte Konzept gegen rechts. Sollen Blockaden unterstützt werden? Wer redet bei zentralen Aktionen? Die Uneinigkeit wirkt hemmend. Hinzu kommt, dass der 13. Februar in der Dresdner Bevölkerung kontrovers diskutiert wird.

Wieso ist die Region Görlitz ein Schwerpunkt?

Der Kreis belegt im Bundesvergleich Rang fünf. In dieser Region hat sich eine straffe rechtsextremistische Szene formiert – Konzerte rechter Bands inklusive. Zu den in Bundestagsdokumenten aufgelisteten Demonstrationorten zählen Görlitz, Zittau und Jänkendorf. Dort organisierte die NPD 2009 ihren Wahlkampfauftakt mit mehreren Hundert Teilnehmern.

Gibt es in Sachsen feste rechtsextreme Strukturen?

Ja. Die NPD stellt nach eigenen Angaben mehr als 100 Mandatsträger in Kommunalvertretungen sowie im Landtag. Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen, das demokratische Strukturen stärkt, betont: „In Sachsen sind in den vergangenen 20 Jahren feste rechtsextremistische Strukturen entstanden. Das betrifft die NPD, aber auch die freien Kräfte.“ Die Politik habe das zu lange ignoriert.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Warum_Neonazis_nach_Sachsen_stroemen/articleid-2930215

Postkarten an Neonazis

Von Franziska Dähn und Alexander Schneider

Die ausländerfeindlichen Karten der NPD-Stadträte sind beschlagnahmt worden. Die SPD hat eine Gegenaktion gestartet.

Bereits am Freitag hat die Dresdner Staatsanwaltschaft Geschäftsräume der NPD in Riesa durchsuchen lassen. Wie erst gestern bekannt wurde, beschlagnahmte die Polizei dort in Büros des Landesverbandes und des Dresdner Kreisverbandes der Partei mehrere Hundert Postkarten. Ermittelt wird wegen Verstoßes gegen das Urheberrecht.

Gegen die Postkartenaktion „Eine Stadt sagt Nein. Keine dauerhafte Ansiedlung von Afrikanern in Dresden“ lagen bereits zwei Strafanzeigen vor. Die Grünen sahen eine Strafbarkeit wegen Volksverhetzung, doch das sah die Staatsanwaltschaft anders. Am Freitag machte dann der freie Journalist Christian Sinibaldi aus England sein Urheberrecht geltend: Die NPD habe sich frech an seinem Foto bedient. Sinibaldis Anwalt hatte die Beschlagnahmung empfohlen (die SZ berichtete).

Die Dresdner SPD hat derweil ganz eigen auf die diskriminierende Postkarte reagiert: Seit Ende November verteilen die Jusos und SPD-Stadtrat Richard Kaniewski in Dresden eine Persiflage dazu, mit dem Foto eines Nazi-Aufmarschs. Der Tenor: „Dresden sagt Nein. Keine weitere Duldung von Nazis in Dresden!“ Kaniewski betont: „Die save-me-Kampagne zu unterstützen, war die richtige Entscheidung.“ Auch der Ausländerbeirat will reagieren. „Aber nicht mit einer weiteren Postkarte oder einer einzelnen Demo“, sagt Marc Lalonde, Vorsitzender des Beirats. Vielmehr seien mehrere Aktionen geplant, auch als Antwort auf die Taten des Zwickauer Nazi-Trios. So ist im Umfeld des Gedenktages für die ermordete Ägypterin Marwa al Sherbini Anfang Juli eine Konferenz zum Rechtsextremismus in Europa angedacht. „Das Thema ist uns zu wichtig, wir wollen das gesamte Jahr Prioritäten gegen Rechts setzen“, so Lalonde. Die Stimmung unter den Migranten in Dresden sei von Wut und Angst geprägt. „Es ist eine neue Stufe der Gewalt und Fremdenfeindlichkeit erreicht.“

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Postkarten_an_Neonazis/articleid-2930397

Jugendpfarrer kritisiert Innenminister

Die „Demokratieerklärung“ steht erneut in der Kritik. Landesjugendpfarrer Tobias Bilz schreibt in einem offenen Brief, dass Innenminister Markus Ulbig mit „öffentlichem Argwohn reagiere“ und nicht einmal ansatzweise verstehen wolle, warum jemand seine Unterschrift nicht leisten werde. Bilz fragt, ob die Landesregierung schon vergessen habe, wie es um einen Staat bestellt sei, der seine Legitimation durch erzwungene Bekenntnisse gewinnen wolle. Die Pflicht zur Erklärung sei ungeeignet bei der Vergabe von Fördermitteln, durch sie könne auch ein Missbrauch nicht verhindert werden.

Der Minister hatte in einem Interview am Wochenende eine „Demokratieerklärung“ erneut als Voraussetzung für die Vergabe von Fördermitteln verteidigt. (SZ)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Jugendpfarrer_kritisiert_Innenminister/articleid-2930396

Erster Schläger vom 19. Februar steht vor Gericht

Von Alexander Schneider

Nach zehn Monaten hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen sechs Beschuldigte erhoben. Am Mittwoch beginnt der erste Prozess am Amtsgericht Dresden.

Ein 19-jähriger Dresdner muss sich morgen wegen schweren Landfriedensbruchs am Amtsgericht Dresden verantworten. Nach Informationen der SZ soll er am 19. Februar in der Südvorstadt Polizeibeamte mit Steinen beworfen haben. Dabei habe er aus einer Gruppe von bis zu 250 Menschen heraus gehandelt, so der Vorwurf. Darüber hinaus soll er auch geholfen haben, eine Barrikade auf der Straße zu errichten. Ziel war es offenbar, den geplanten Aufmarsch von Rechtsextremisten an dem Sonnabend zu verhindern.

Der Heranwachsende wurde vor dem Jugendschöffengericht angeklagt. Sein Prozess ist der erste gegen einen mutmaßlichen Gewalttäter der bislang schwersten Ausschreitungen anlässlich eines geplanten Aufmarsches von Rechtsextremisten in

Dresden. Neben ihm erhob die Staatsanwaltschaft bislang Anklage gegen nur fünf weitere Beschuldigte, denen Gewalttaten wie Landfriedensbruch vorgeworfen werden.

Etwa zehn Monate nach Gewaltexzessen von Tätern aus dem linken und rechten Lager – meist wurden Polizisten angegriffen und 131 Beamte verletzt – hat die Sonderkommission „19. Februar“ 410 Verfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben. In 347 Fällen wird Beschuldigten Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen – sie sollen die Fritz-Löffler-Straße besetzt und so den Aufmarsch der Rechtsextremisten verhindert haben. Das sagte gestern Behördensprecher Lorenz Haase auf SZ-Anfrage. Noch nicht abgeschlossen seien mehrere Dutzend weitere Verfahren wegen Gewaltdelikten – Stand: 29. November. Aufgrund der Ermittlungen kommen noch immer weitere mutmaßliche Gewalttäter ins Visier der Polizei.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Erster_Schlaeger_vom_19_Februar_steht_vor_Gericht/articleid-2930398

Mitteldeutscher Rundfunk

Rechte marschieren besonders oft in Sachsen – Video-Beitrag MDR um zwölf
http://www.mdr.de/sachsen/video28144_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html
